

Am darauffolgenden Freitagabend verschickt Schäubles Staatssekretär Thomas Steffen ein Papier mit dem Titel „Comments on the latest Greek proposals“ an mehrere Kollegen, unter anderem nach Den Haag zu Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Unter Punkt 2 heißt es, falls Athen den Forderungen der Gläubiger nicht nachkomme, lege man dem Land eine „Auszeit von der Eurozone von mindestens fünf Jahren“ nahe.

Schäuble und seine Leute verstehen ihren Vorschlag als Angebot, einen Grexit kooperativ zu lösen, so sagen sie es zumindest offiziell. Doch Schäuble signalisiert den Griechen auch, dass er in der Runde der Finanzminister eine Mehrheit für den Grexit organisieren könnte – auch gegen den Willen Athens.

Als Schäuble am Samstagmorgen in Brüssel landet, muss er zur Kenntnis nehmen, dass seine Vorschläge nicht in das Arbeitspapier der Minister übernommen worden sind. Es ist nicht ganz klar, wer dahintersteckt, Italien zum Beispiel oder Frankreich, beides Länder, die sich strikt gegen einen Rauswurf Griechenlands verwahren. Schäuble ist außer sich.

Bei einem Treffen der Europäischen Volkspartei spricht sich Schäuble erst einmal mit seinen konservativen Ministerkollegen ab. Die meisten favorisieren – wie Schäuble – einen Grexit. Die Männer hecken einen Plan aus, wie man Griechenland zum Austritt nötigen könnte. Die Minister verabreden, die Bedingungen für ein drittes Hilfspaket so hart zu formulieren, dass die griechische Regierung es niemals akzeptieren kann. Als Mittel, Griechenland aus dem Euro zu drängen, hatte sich Schäuble einen sogenannten Treuhandfonds ausgedacht, in dem alle griechischen Privatisierungserlöse fließen sollen. Das ist für den griechischen Premier Alexis Tsipras schon Zumutung genug. Aber die konservativen Ressortchefs wollen darüber hinaus verlangen, dass der Fonds auch noch am Bankenplatz Luxemburg angesiedelt werden soll. Für Tsipras eine Forderung, die er unmöglich schlucken kann.

Als Schäuble später in die Euro-Gruppen-Sitzung kommt, kann er zumindest einen Etappensieg verbuchen. Es gelingt, sowohl die Grexit-Idee als auch das Fondsmodell in das Abschlusspapier zu bugsieren, beide Vorschläge stehen allerdings in eckigen Klammern. Das heißt: Die Finanzminister waren sich darüber nicht einig. Aber immerhin: Die Staats- und Regierungschefs bekommen eine Vorlage auf den Tisch, in der offiziell von einer Eurozone ohne Griechenland die Rede ist.

Als Schäubles Vorschlag eines Grexits auf Zeit öffentlich wird, gibt es empörte Reaktionen. „In Richtung Deutschland sage ich: Genug ist genug“, sagt Italiens Regierungschef Matteo Renzi. Luxemburgs

Außenminister Jean Asselborn und der österreichische Kanzler Werner Faymann klagen, Schäuble wolle ganz offensichtlich einen Partner demütigen.

Nun dämmert Merkel und ihren Leuten, wie viel Sprengstoff in Schäubles Idee steckt. Sie steht plötzlich in ganz Europa als eine Kanzlerin da, die Griechenland aus dem Euro werfen will.

Als der Gipfel am Sonntag gegen 16.15 Uhr beginnt, ist die Stimmung gedrückt. Ratspräsident Donald Tusk eröffnet die Sitzung mit der Frage, ob man sich einig sei, einen Grexit verhindern zu wollen. Reihum bejahen das die Chefs, auch Merkel.

Allerdings soll das Papier der Finanzminister die Arbeitsgrundlage für die Verhandlungen bleiben. Merkel lehnt den Vorschlag von Tusk ab, ein kürzeres Papier zu formulieren. Die Kanzlerin will Griechenland halten und gleichzeitig den Wünschen Schäubles entsprechen. Es ist ein fast unmöglicher Spagat. Merkels Unentschlossenheit belastet von Anfang an den Gipfel. Tusk merkt schnell, dass es keinen Sinn ergibt, in der großen Runde zu debattieren.

Er beruft eine Viererrunde ein, die in dieser Nacht dreimal verhandeln wird: Tusk, Tsipras, Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande. Man zieht sich in den „Salon du Président“ im achten Stock des Ratsgebäudes zurück. Tsipras bittet darum, dass er seinen Finanzminister Euklidis Tsakalotos dazuholen darf. Merkel sagt, dann müsse auch Schäuble kommen. Für einen Moment schlägt es Tusk und Tsipras die Sprache. Erst dann merken sie, dass die Kanzlerin einen Scherz gemacht hat.

Tsakalotos darf herein, Schäuble bleibt draußen. 17 Stunden dauern die Verhandlungen, bis 9 Uhr am Montagmorgen. Gegen 4.15 Uhr, die Staats- und Regierungschefs sind gerade wieder in großer Runde zusammengekommen, sieht es zum ersten Mal nach einer Einigung aus. Optimismus macht sich breit. Doch dann sagt Tsipras, er müsse ein paar Telefonate mit Athen führen: mit dem griechischen Staatspräsidenten und einigen Parteichefs. Als er zurückkommt, sagt er, dass er alle Punkte zähneknirschend annehmen könne, nicht aber Schäubles Privatisierungsfonds. Der sei „absolut inakzeptabel“.

Tusk unterbricht zum dritten Mal und erhöht den Druck. Schließlich erklärt Merkel sich einverstanden, dass Griechenland einen Teil der Erlöse für Investitionen verwenden darf. Doch wegen der Höhe dieses Anteils kommt es zum Streit. Tsipras fordert 50 Prozent, Merkel will nur 10 Prozent. Es ist jetzt wie auf einem Basar. Hollande, Tusk und der niederländische Premier Mark Rutte schlagen 25 Prozent vor, also 12,5 Milliarden. Tsipras und Merkel

lehnen ab. Merkel sagt, man solle sich vertagen und am Mittwoch einen neuen Eurogipfel einberufen. Es ist der Moment, an dem die Gefahr eines Grexit noch einmal ganz nah kommt. Schäuble wäre am Ziel gewesen.

Doch Tusk lehnt eine Vertagung kategorisch ab. Er sagt, wenn man jetzt ohne Einigung auseinandergehe, dann werde er das Scheitern der Verhandlungen verkünden. Alle hätten doch bereits einem 86-Milliarden-Euro-Hilfspaket zugestimmt. Da könne es doch nicht wegen ein paar Milliarden mehr oder weniger zur Katastrophe komme. Gegen sechs Uhr morgens ruft Euro-Gruppen-Chef Dijsselbloem bei SPD-Chef Gabriel an. Er bittet um Hilfe. Gabriel telefoniert mit Merkel und Hollande. Dijsselbloem wird später vor der SPD-Bundestagsfraktion sagen: „Auf einmal ging, was vorher unmöglich schien.“ Schließlich stimmen Merkel und Tsipras zu. Der Gipfel ist gerettet.

Die Griechenlandkrise ist damit allerdings noch nicht abgewendet. Mit dem Papier von Brüssel wird Athen faktisch zu einem Mündel der Eurozone, die Regierung muss die Renten kürzen und die Steuern anheben. Von nationaler Souveränität kann das Land allenfalls träumen. Als Merkel auf der Pressekonferenz nach den 17-stündigen Verhandlungen gefragt wird, wo eigentlich Tsipras' Handschrift erkennbar sei, sagt sie: „Die gibt es, und zwar in Form des hohen Finanzmittelbedarfs.“

Vor allem aber wird Schäuble weiter darauf drängen, dass Griechenland den Euro verlässt. Ein klares Bekenntnis zu Athen jedenfalls ist von ihm nicht zu vernehmen. Schäuble ist es, der die konkreten Bedingungen für das nächste Hilfspaket aushandeln muss, und nach Lage der Dinge wird er jede Gelegenheit nutzen, Tsipras das Leben schwer zu machen.

Aus Schäubles Sicht ist sein Drängen auf einen Grexit nicht europafeindlich, sondern ein Dienst an der Gemeinschaft. Er glaubt, das Griechenland nicht die Voraussetzungen mitbringt, um ein verantwortungsvolles Mitglied der Eurozone zu sein; ein Land, das nicht mal über eine funktionierende Steuerverwaltung verfügt, dann aber einen Finanzminister wie Yanis Varoufakis berief, der es sich zur Aufgabe machte, ganz Europa mit seinem volkswirtschaftlichen Vorträgen zu belehren.

Natürlich weiß Schäuble, dass er an Merkel nicht vorbeikommt; wenn sie sich sperrt, wird es keinen Grexit geben. Andererseits hat er die Stimmung in der Union auf seiner Seite, und er verfügt, was die Europapolitik angeht, über mehr Glaubwürdigkeit als Merkel, die nie den Verdacht loswurde, ihr fehle die rechte Leidenschaft.

Das macht es für die Kanzlerin jetzt so schwierig. Ihr fehlen die Mittel, Schäuble